— Presseerklärung —

Zu den Rechtfertigungsversuchen und neuen Anschuldigungen des Herrn Pfeffermann und des RCDS im DE vom 17.9.77 nimmt der AStA Stellung:

1. Herr Pfeffermann unterstellt dem AStA eine "inhaltliche Einstellung zum Unrechtsgehalt des Vorgangs". Diese Äußerung ist ganz und gar falsch.

Die Stellung des AStA zur Ermordung von Herrn Buback und zum umstrittenen Artikel war und ist klar und eindeutig.
Unklar aufgrund widersprüchlicher Entscheidungen von Gerichten ist jedoch die juristische Lage betreffend Informationsfreiheit. Hierzu erbaten wir Auskünfte von kompetenten Rechtswissenschaftlern, den Professoren der TH Darmstadt ①
Dieses geht sowohl aus dem Vorwort des AStA wie aus der Erklärung von Herrn Poldrack hervor. Herr Pfeffermann möge sich vielleicht in Zukunft vor Veröffentlichungen gründlicher informieren.

[illegible]

① Es ist nämlich Aufgabe und Pflicht der studentischen Organe, die Rechtslage bei Handlungen und Veröffentlichungen miteinzubeziehen.

2 So ist zwar nicht neu, aber in dieser Deutlichkeit doch bemerkenswert, ~~ist die Auff~~ daß der RCDS mit seiner Aufforderung an den Präsidenten, den Studenten keine Räume mehr zu Vollversammlungen zur Verfügung zu stellen, klar für die Aufhebung elementarer demokratischer Rechte an der Hochschule, nämlich des Versammlungsrechts, eintritt.

3 Der RCDS erklärt, die Glaubwürdigkeit der Distanzierung des AStA's ~~sei zweifelhaft.~~ könne man durchaus bezweifeln.
Dem AStA geht es nicht darum, sich ausschließlich so zu verhalten, wie es RCDS und CDU glaubwürdig und gefällig ist. [~~Wenn der CDU Ministerpräsident von Rh-Pf Vogel erklärt, daß jetzt nur noch ein Sympathisant von B-M-Gruppe anstatt von B-M-Bande spreche, kann dies kein Maßstab für einen denkenden Menschen sein.~~]
Der RCDS polemisiert ~~ist~~ – ohne auf die Inhalte des Artikels einzugehen – lediglich gegen den AStA und trägt so zu der undifferenzierten Diffamierungskampagne gegen die Studentenschaft bei.

Der AStA bedauert, daß Herr Pfeffermann mangels Argumenten in seiner Profilierungskampagne zu solch ~~miserablen~~ dilettantischen Stil greift. [~~Bezeichnend ist dafür, daß er – sowie die Landtagsfraktion der CDU in Wiesbaden – sich nach seinen eigenen Angaben mit Anfragen und Anträgen zu profilieren versuchte, ohne zu diesem Zeitpunkt über weder über Inhalt noch rechtliche Lage des Vorgangs hinreichend informiert zu sein.~~]

Bezeichnend dafür ist z.B., daß sich
Herr P. mit der CDU-Landtagsfraktion in
Wiesbaden mit Stellungnahmen, Parlamentsanträgen u.ä.
zu profilieren versuchte, ohne zu diesem Zeitpkt
weder über Inhalt noch rechtliche Lage des
Vorgangs hinreichend informiert zu sein.

Bezeichnend dafür ist, daß sich Herr P. – wie er selbst in seiner Stellungnahme zugibt – bei seiner Unterredung mit TH-Präsident Böhme über die disziplinarrechtlichen Konsequenzen der Veröffentl. des B.N., weder den BN gelesen hatte noch wußte er wie [redacted] Inhalt „rechtlich zu würdigen" sei, weil er noch keine Weisung von seiner Fraktion erhalten hatte. Nachdem er nach dem Gespräch mit dem TH-Präsident die Angelegenheit für erledigt erklärt hatte, erhielt [redacted] wahrscheinlich die „Dienstanweisung" seiner Partei die Bubach-Angelegenheit als Auftakt für den Wahlkampf nochmals aufzubereiten.

Die Attacken von Pfeffermann und RCDS reihen sich ein in die Kampagne der CDU gegen die Hochschule in ihrer Gesamtheit und die Rolle der sogenannten Intelligenz.
Für die CDU ist jeder, der nicht spezifisch christdemokratische Interessen vertritt, ein „Schreibtischtäter" und potentieller Sympathisant der Terroristenszene; ~~mit dieser Diffamier~~ damit ~~würgt die CDU~~ versucht die CDU sämtliche Meinungen außer ihrer eigenen abzuwürgen, was für sie den Vorteil hat, ihre eigenen Behauptungen nicht auch beweisen ~~und verbeten~~ zu müssen. Was wäre für die CDU für den anstehenden Wahlkampf in Hessen schon günstiger, als die einzige Partei zu sein, die die „Freiheit" hütet und diejenigen, die ihre grundlegenden demokratischen Rechte und Freiheit wahrnehmen, als Kriminelle und Sympathisanten des Terrors zu disqualifizieren.

Dem AStA drängt sich der Eindruck auf, daß die CDU die Mordanschläge in Karlsruhe und Köln dankbar aufgreift, um auf Kosten einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen. Mord und Terror liefern der CDU die schäbigsten Argumente für den bevorstehenden Wahlkampf, in dem nach den Wünschen der CDU offensichtlich die ~~Hochschulen im~~ Sympathisantensumpf ~~erstickt sollen~~ an den Hochschulen Dregger die Möglichkeit geben soll, ~~politische Rechte~~ grundlegende Rechte abzubauen im Namen der christlich-„demokratischen" Freiheit. Hier spielen sich finstersk Reaktion und Terroristen offen in die Hände.

Zuwenig BAFöG

Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche

Mehrausgaben durch Neuregelung der Krankenversicherung

Vor solche oder ähnliche Probleme sehen sich immer mehr Studenten gestellt; eine Lösungsmöglichkeit für diese Probleme ist jedoch noch nicht in Sicht. Im Gegenteil: Weitere Verschlechterungen der sozialen Lage der Studenten kündigen sich an. So z.B. beim BAFöG : Der Darlehensanteil beim BAFöG soll demnächst von 70 (80) DM auf 110 (130) DM erhöht werden. Die für den Herbst 76 anstehende Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze wird ausgesetzt.

Der Sozialproblematik läßt sich allerdings nicht mit Patentrezepten oder Hau-Ruck-Parolen (wie z.B.: Runter mit der Rüstung, rauf mit der Bildung) beikommen. Deshalb hat der AStA beschlossen einen Sozialarbeitskreis einzurichten, damit betroffene und interessierte Studenten an ihren Problemen arbeiten können. Dieser Arbeitskreis hat nichts zu tun mit der "AStA-Sozial-AG", die der MSB-Spartakus propagiert hat, obwohl er dazu nicht berechtigt war, denn er ist nicht im AStA vertreten.

Unserer Vorstellung nach sollte der AStA Sozialarbeitskreis

- die aktuelle soziale Lage der Studenten aufarbeiten
- untersuchen inweiweit und unter welchen Voraussetzungen sich die berechtigten studentischen Forderungen im Sozialbereich realisieren lassen
- Aktionen und Veranstaltungen zur sozialen Lage der Studenten planen, vorbereiten und durchführen
- die soziale Situation der Studentenschaft an der TUD untersuchen, z.B. durch Fragebögen
- Öffentlichkeitsarbeit betreiben: a) Die Studentenschaft umfassend über soziale Fragen informieren, evtl. Sozialinfo herausgeben.
  b) Bevölkerung über die sozialen Probleme der Studenten informieren.

Ein erstes Vorbereitungstreffen für den AStA Sozialarbeitskreis findet am Mittwoch, den 5.11., 14 Uhr, Raum 11/100 statt.
Wer wegen Terminschwierigkeiten von der Mitarbeit abgehalten wird kann dem AStA-Sozialreferenten Alternativtermine vorschlagen: mündlich oder schriftlich (Zettel in AStA-Briefkasten werfen).
Ein anderer Termin, der für viele vielleicht akzeptabel wäre, Montag, 9 Uhr.

24

Verantwortlich: AStA-Sozialreferent